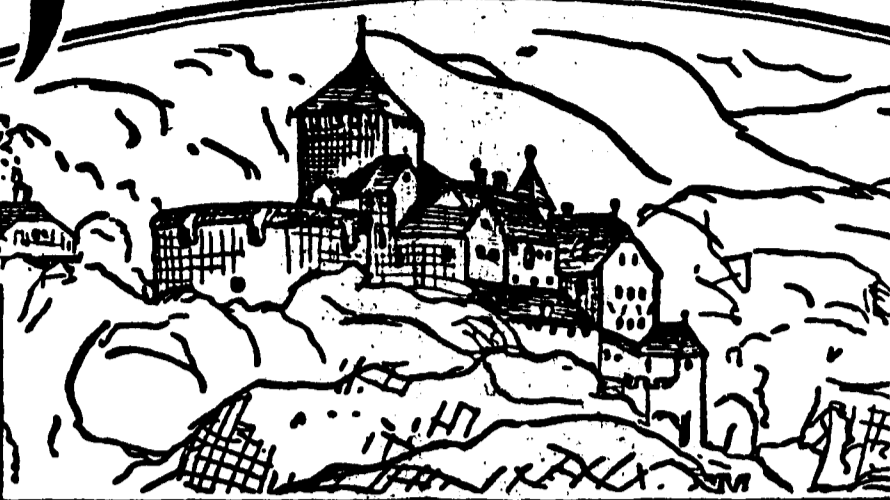


# Liechtensteiner Volksblatt

Bezugspreise: Inland und Schweiz jährlich Fr. 14.50, halbjährlich Fr. 7.30, vierteljährlich Fr. 3.70. Ausland halbjährlich Fr. 13.50, jährlich Fr. 27.—. Postamtlich bestellt halbjährlich Fr. 12.—, ganzjährlich Fr. 24.—. Bestellungen nehmen entgegen: Die nächstliegenden Postämter, die Verwaltung des Volksblattes in Vaduz, in der Schweiz auch die Buchdruckerei Au (Rthl.), Tel. (071) 7 31 60. Verwaltung: Vaduz, Tel. (075) 2 21 43. Redaktion: Vaduz, Telefon Nr. 2 13 94. Postcheck Nr. IX/2988



Organ für amtliche Kundmachungen

Anzeigenpreise: die 1spalt. mm-Zeile Anzeigen Reklame  
Inland . . . . . 8 Rp. 21 Rp.  
Angrenz. Rheintal (Sargans bis Sennwald) 10 Rp. 23 Rp.  
Uebrig Schweiz . . . . . 11 Rp. 25 Rp.  
Ausland . . . . . 13 Rp. 29 Rp.

Anzeigenannahme für das Inland:  
Verwaltung des Blattes in Vaduz, Telefon 2 21 43  
Für das Rheintal, Schweiz und übrige Ausland:  
Schweizer Annoncen A.-G.  
St. Gallen, Tel. 22 26 26; und übrige Zweiggeschäfte

## AUS DEM FÜRSTENHAUSE

Die Fürstliche Kabinettskanzlei teilt mit:

Freitag, den 21. August, gegen Abend trafen Ihre Majestäten der König und die Königin von Griechenland, begleitet vom Herzog von Sparta und den Prinzessinnen Sophie und Irene auf Schloß Vaduz zu einem privaten Besuch ein. Die hohen Herrschaften verließen unser Land am 22. August nachmittags.

### Zum Thema „Kleine Freihandelszone“

In der Landtagssitzung vom 6. August 1959 richtete der Abgeordnete Dr. Ernst Büchel an den Regierungschef eine Anfrage, die sich auf die „Kleine Freihandelszone“ bezog. In seiner Antwort erklärte Regierungschef Frick, daß für Liechtenstein ein Beitritt wohl deshalb in Frage komme, weil die Schweiz als Zollpartner der Europäischen Freihandelszone bereits beigetreten sei, doch müsse über den Beitrittsmodus noch verhandelt werden. Es ist daher naheliegend, wenn wir heute auf dieses Thema näher eingehen, nachdem seit den Stockholmer Verhandlungen ein Monat verstrichen ist. Dies umso mehr, weil in der Schweiz bereits kritische Stimmen laut geworden sind. So erschien in der „Schweizerischen Handelszeitung“ unter dem Titel: „Ein Monat später“ nachfolgende kritische Betrachtung:

„Es ist nun ein Monat verflossen, seit in Stockholm von der Ministertagung der „äußeren Sieben“ der Planentwurf für „eine europäische Freihandelsassoziation“, wie die offizielle Formulierung für die Kleine Freihandelszone lautet, gutgeheißen worden ist. Die Genehmigung fiel mitten in die große Sommerflaute. Vielfach wurden die Prinzipien des Planes daher erst in den letzten Tagen in der Wirtschaft in ernsthafte Erörterungen gezogen. Schon hörte man aber vor kurzem von einer stillschweigend zustande gekommenen Unité de doctrine, die sich im Bereich der Freihandelszone Pläne herauskristallisiert hätte. Das war wohl etwas verfrüht. Tatsächlich hat der Gedanke der Freihandelszone in unserm Land zwar durchwegs gute Aufnahme gefunden, was die prinzipiellen Richtlinien angeht. Das kann nun aber nicht die Meinung haben, daß dies bereits eine umfassende Unité de doctrine bedeute, daß sich weitere Erörterungen hinter verschlossenen Türen vollziehen können, daß keine Tangierung der weiteren Arbeiten erlaubt sei und daß man sich bereits heute definitiv damit abzufinden habe, daß die Kleine Freihandelszone oder die „europäische Freihandelsassoziation“ schließlich in der vorgezeichneten Form ihre definitive Verwirklichung finden werde. Ein ernsthaftes und eingehendes Studium der bisher allerdings eher nur spärlichen Unterlagen dürfte da und dort zu einer differenzierten Wertung einzelner Bestimmungen des Planprojektes führen. Man wird sich mit den Einwänden sachlich auseinandersetzen haben. Denn es wäre nach unserer Auffassung verfehlt, eine Politik nach der Leitlinie zu verfolgen, daß das Neue nun eben in der allgemeinen Entwicklungslinie liege und dem Neuen zuliebe müßten daher auch grundlegende Strukturwandlungen in Kauf genommen werden.“

Es ist von Anfang an immer wieder festgestellt worden — und mit der Ablehnung des Beitrittes unseres Landes zur politisch konzipierten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wurde es erhärtet —, daß die Freihandelszone ein wirtschaftliches Gebilde darstellt. Die Frage des schweizerischen Beitritts zur Freihandelszone hat daher eine sehr sorgfältige Abwägung unserer Wirtschaftsinteressen zur Voraussetzung. Ein Beitritt erscheint daher nur dann wünschenswert, wenn die wahrscheinlichen Vorteile die konkreten Nachteile überwiegen. Würde auch nach politischen Gesichtspunkten entschieden, dann, aber nur dann, könnten auch andere Ueberlegungen mitberücksichtigt werden. Das ist hier nun aber nicht der Fall, sonst hätte man ja den EWG-Beitritt näher prüfen können. Wie sich die konkrete Interessenlage stellt, wird nun aber erst dann klar werden, wenn die ein-

zelnen Wirtschaftsgruppen einmal eingehend die Situation überprüft haben, die sich für sie aus der Freihandelszone ergeben und mit denen sie im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit rechnen müssen. Es ist nach unserer Auffassung daher ausgeschlossen und entspricht hoffentlich auch nicht den offiziellen Intentionen, daß die Meinungsbildung hinsichtlich der Freihandelszone abgeschlossen und alles weitere der „Wirtschaftsdiplomatie“ oder der „Verbandsbürokratie“ vorbehalten bleiben soll. Leider ist die Wirtschaft in den letzten Jahren zwar durch das Uebermaß von internationalen Bestrebungen für solche Belange recht eigentlich abgestumpft worden. So wendet man sich heute erst zögernd der Freihandelszone zu. Das unliebsame und überflüssige „Internationale“ ist jetzt plötzlich „national“ geworden. Es geht an unsere eigene wirtschaftliche Substanz. Auch in der Meinungsbildung zeigen sich daher neue Elemente. Nur auf dem Wege über ihre tunliche Berücksichtigung kommt eine Verständigung von unten herauf zustande, die schließlich auch den referendumpolitischen Schwierigkeiten, die nicht zu unterschätzen sind, gewachsen sein wird.“

Die allgemeinen Richtlinien der Kleinen Freihandelszone sind also in der Wirtschaft auch heute noch relativ unbekannt, um so bekannter aber die Tarifsätze des neuen Zolltarifs, dessen Referendumsfrist bald unbenutzt ablaufen wird. Der neue Zolltarif kommt dann gerade recht, um auf Mitte Juli hin wieder um 20%, entsprechend der ersten Zollabbaustufe der Freihandelszone, abgewertet zu werden! Allein schon daraus ersieht man, wie relativ das Bild unserer Wirtschaftspolitik durch den neuen Zolltarif und wie grundsätzlich es durch die Freihandelszone beeinflusst werden wird. Wenn laut Artikel 2 der Stockholmer Vorschriften über den Abbau der Zölle dieser Abbau „bis spätestens am 1. Januar 1970 abgeschlossen sein“ muß und selbst für fällige Ausnahmen laut Artikel 22 die Pflicht zum völligen Abbau aller Zölle auf Ende der Uebergangszeit vorbehalten bleibt, so zeichnet sich drastisch die Problematik des Denkens in Zollmaßstäben ab. Leider sind bisher diese Probleme, die sich insbesondere auch für unsern Staatshaushalt auswirken werden, praktisch unberührt geblieben, obwohl selbst die Berechtigung der Fiskalzölle in Frage gestellt ist. Daß

## Fürstentum Liechtenstein

### Triesenberg. Walliser-Treffen.

Am vergangenen Sonntag stattete der Walliser-Verein aus dem Linth- und Seegebiet, sowie aus dem oberen Rheintal der Gemeinde Triesenberg einen Besuch ab. Ca. 70 Teilnehmer fanden sich zum gemeinsamen Gottesdienst in der Kapelle des Hl. Theodul auf Masescha ein, wo Pater Wisy, Kaplan von Quarten, eine markante Predigt hielt.

Hierauf begab sich die Reisegesellschaft in den Steg und ins Malbun. Am Nachmittag fand im Gasthof Samina die offizielle Begrüßung durch Gemeindevorsteher Hans Gaßner statt. Die Worte des Vorstehers wurden mit großem Applaus verdankt und groß war die Freude der Gäste, als auch HH. Pfarrer Engelbert Bucher im Saale erschien, den von vielen Anwesenden durch seine Walsersforschungen am Triesenberg bereits bekannt war. HH. Pfarrer Bucher richtete herzliche Worte an die Gäste und nahm die Gelegenheit wahr, um der Regierung des Lan-

diese Frage daher nicht allein die wirtschafts- und handelspolitische Führung interessieren müssen, sondern letztlich auch die politischen Gremien, sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Aber es will scheinen, daß man die Dinge vorerst einmal heranreifen läßt, um sich erst nachträglich dann mit ihnen zu befassen, dann vielleicht, wenn die Diskussionen gerade noch akademischen Wert haben . . . .

Es ist kein Zweifel, daß die weitere Behandlung des Projektes der Kleinen Freihandelszone auch in unserem Land große handelspolitische u. staatspolitische Verantwortlichkeiten schafft. Wir wollen hier nicht auf Sonderanliegen verschiedener Wirtschaftsgruppen wie etwa der Landwirtschaft, der Papierindustrie usw. eingehen, sondern uns auf das Prinzipielle beschränken. Dabei haben wir den Eindruck, daß die Fragen des gegenseitigen Interessenausgleichs innerhalb der Freihandelszone bisher nicht voll geklärt sind. Wo stehen die Gebenden, wo die Nehmenden und wo vollzieht sich der eigentliche Ausgleich? Die unerläßliche Realpolitik muß auch in diesen Belangen Platz greifen. Wir glauben auch, daß eine allfällig überstürzte Freihandelszone auf die EWG keinen nachhaltigen Eindruck machen würde, wogegen eine Freihandelszone als dynamisch- und doktrinäres System geeignet ist, der EWG-Bürokratie und ihrem Schematismus empfindlich zuzusetzen. Hierin liegt dann auch die Gewähr, daß die Freihandelszone schließlich nicht von innen heraus ausgehöhlt werden kann. Damit wäre unter Umständen aber zu rechnen, wenn der aus Kreisen der österreichischen Industrie und des Handels stammende Vorschlag realisiert würde, daß der Beitritt Oesterreichs zur Kleinen Freihandelszone eine bilaterale Verständigung Oesterreichs mit der EWG nicht ausschließe. Es darf wohl kein Spezialzölein geben, keine „Je-nachdem“-Lösung. Die unbedingte Solidarität aller Freihandelszonenpartner setzt aber einen ausgewogenen Interessenausgleich voraus, wobei wirkliche nationale Sonderprobleme nicht einfach übergangen und gleichgeschaltet werden können. So erinnern wir daran, daß Portugal bereits in Stockholm bezüglich der Zollpolitik einige Sonderregelungen in Aussicht gestellt hat. Ein analoger schweizerischer Vorbehalt ist zwar nicht angebracht worden, dürfte aber wohl ebenfalls angezeigt erscheinen. Auch in Dänemark und Norwegen hat man den realen Konsequenzen der Freihandelszone offenbar früher die volle Aufmerksamkeit zugewendet als bei uns, wo man jetzt in manchen Wirtschaftszweigen überrascht ist, wie weit die Dinge bereits gediehen sind. Eine einläßliche Aussprache ist wohl nicht zu umgehen, auch wenn sie den weiteren Verlauf der Vorbereitungen vielleicht erschweren könnte. Die Ziele liegen aber nicht kurzfristig, sondern erfordern Gedeih auf lange Zeit, auf unsere nationale Zukunft.“

## Tribüne DER FREIEN MEINUNG

Auch für uns interessant . . . .

In Oesterreich besteht seit einiger Zeit eine Körperschaft, die ein interessantes Erziehungsproblem studiert, nämlich die Frage der Beanspruchung des Kindes in der Schule und die damit im Zusammenhang stehenden Fragen. Wie man nun Zeitungsberichten entnehmen kann, kam diese Körperschaft, der namhafte Aerzte, und Erzieher angehören, nach eingehendem Studium dieser Frage zu interessanten Feststellungen, die auch für uns von Interesse sind. So wurde festgestellt, daß man die Kinder auf keinen Fall vor Erfüllung des 6. Lebensjahres in die Schule schicken soll, sondern daß eher zu empfehlen ist, sogar zuzuwarten, bis das Kind das 7. Altersjahr erreicht hat. Bezüglich der Beanspruchung des Kindes in der Schule hinsichtlich der Hausaufgaben wurde beispielsweise empfohlen, den Kindern über das Wochenende keine Hausaufgaben mehr zu geben. — Ueber die Leistungen des Kindes in der Schule wird in diesem Bericht gesagt, daß Lehrplan und Unterrichtsmethode nicht auf Spitzenleistungen zugeschnitten werden sollen, sondern von der Grundlage des Durchschnittes ausgegangen werden soll. Für die fortgeschrittenen Schüler wird die sog. Ferienarbeit im Sinne einer Dauerbeschäftigung mit fester Verpflichtung, eher negativ beurteilt. Für diesen Standpunkt werden vor allem gesundheitliche Gründe geltend gemacht und damit vor einer Ueberbeanspruchung gewarnt.

Aber nicht nur in Oesterreich, sondern auch in der Schweiz und in Deutschland werden alle diese Fragen eingehend studiert. In den Diskussionen werden verschiedene Standpunkte vertreten und es muß festgestellt werden, daß durch diese Meinungsunterschiede eine Lösung erschwert wird. Nachdem auch bei uns schon in der Presse verschiedene Stimmen laut wurden und das Problem „Kind und Schule“ unsere Schulbehörden und Lehrerschaft ebenfalls intensiv beschäftigt, so ist es sicher nur begrüßenswert, wenn wir auch auf die Stimmen aus dem Ausland her hören, die zu dieser Frage Stellung nehmen und ihr Urteil auf eingehende Untersuchungen stützen.

schen der Jubilarin von Herzen recht gute und baldige Besserung und möchten ihr unsere besten Wünsche zum Geburtstag aussprechen.

### Ruggell. Altersausflug.

Am Sonntag fand bei schönstem Wetter der diesjährige Altersausflug statt. Etwa 50 Personen über 65 Jahre wurden von den Autobesitzern von zu Hause abgeholt und nach der Sammlung beim Schulhause bewegte sich die Kolonne von 17 Autos Richtung Vaduz. Das Komitee hatte mit dem Reiseziel Malbun eine gute Wahl getroffen und so herrschte auch bald in allen Autos eine fröhliche Stimmung. In Malbun angelangt, wurde von den meisten Teilnehmern die Friedenskapelle besucht. Nach etwas mehr als einstündigem Aufenthalt fuhr man nach Steg zurück, wo eine Stärkung eingenommen wurde und von vielen auch der Stausee besichtigt wurde. Gegen 17 Uhr traf die Kolonne wieder in Ruggell ein, wo sie beim Dorfeingange vom Musikverein „Frohsinn“ empfangen und unter flotten Weisen zum Gasthaus „Sternen“ geleitet wurde. Bei gutem Essen und Trinken, von Trachtenjungfern serviert, herrschte gehobene Stimmung, man sah nur zufriedene Gesichter. Hochw Herr Pfarrer Hubert, Vorsteher Hoop, Altregierungsrat Franz Hoop und vom jüngsten Jahrgange, Alfons Büchel, Maurermeister, hielten Ansprachen. Der Kirchenchor, der Musikverein und die Bauernkapelle sorgten für Unterhaltung. Es war aber auch jener Senioren